

AG Frauengesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit

Tropengynäkologie e.V.

FIDE

**Sektion der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe
(DGGG)**



AG FIDE e.V., Dr. med. Christoph Zerm, Wilhelm-Huck-Str. 10, D-58313 Herdecke

FGM-Beauftragter im Vorstand:

Dr. med. Christoph Zerm

Wilhelm-Huck-Strasse 10

D-58313 Herdecke

Fon: +49 02330 890704

Fax: +49 02330 8208

Mobil: +49 178 4418 527

mail: praxis@dr-zerm.de

An den Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf



Anhörung A 03.06.2019

Herdecke, den 23.05.2019

Stellungnahme des geladenen Sachverständigen

Die Anhörung wurde initiiert durch die Anträge der Fraktionen CDU und FDP Ds 17/5067 und der Fraktion AfD Ds 17/5071.

Obgleich in den beiden Anträgen auf die Arbeit des Runden Tisches NRW und der Aktion Weißes Friedensband e.V. maßgeblich Bezug genommen wird, sucht man Herrn Günter Haverkamp als den wichtigsten Akteur bei den beiden genannten Institutionen auf der Liste der geladenen Sachverständigen vergeblich. Das ist unverständlich und für den Zweck der Anhörung kontraproduktiv. Ich plädiere nachdrücklich dafür, auf die Expertise von Herrn Haverkamp gerade in dem zur Rede stehenden Zusammenhang nicht zu verzichten.

Beide Anträge beginnen mit allgemeinen Informationen einschließlich medizinischer Folgeprobleme zum Thema FGM, wobei anzumerken wäre, daß seit der UNICEF-Publikation vom Februar 2016 von weltweit über 200 Millionen betroffener Frauen auszugehen ist. Ad AfD: Nicht in Afrika kommen jährlich ca. 3 Millionen Mädchen hinzu, sondern diese Schätzung bezieht sich auf die ganze Welt. Auch die Angabe, auf die Wunden würden u.a. „Fäkalien“ aufgetragen, erstaunt und läßt die Frage nach der gesicherten Quelle dieser Aussage aufkommen. Ob mit dieser Erwähnung ein spezieller Eindruck hervorgerufen werden soll, wäre eine weitere Frage.

Insgesamt stellt der Antrag der AfD im Wesentlichen auf den juristischen Aspekt von FGM ab. So berechtigt dieser Aspekt zweifellos ist, so muß doch festgehalten werden, daß dieser Aspekt nicht der einzige ist, vielmehr vor allem einen notwendigen Rahmen rechtsstaatlichen Handelns umreißt.

Die wenigen Beispiele erfolgreicher Überwindungsarbeit dieser jahrtausendealten schädlichen Praxis in Prävalenzländern zeigen, daß eine unermüdliche, nachhaltige Aufklärungsarbeit bis in die Dorfebene hinein (wichtig: durch Angehörige derselben Ethnie!) und die Einbeziehung aller Ebenen des öffentlichen Lebens die allerwichtigsten Komponenten darstellen, wobei die Aufklärung durch die jeweiligen Religionsführer darüber, daß FGM von keiner der großen Religionsgemeinschaften (auf Basis ihrer grundlegenden Dokumente wie Bibel, Koran, Thora etc.) gefordert wird, dazugehört. Gleichmaßen steht oder fällt der Erfolg der Überwindungsarbeit von FGM mit dem aktiven Mitwirken der jeweiligen Regierung bei diesen Aktivitäten. Es hat sich über Jahrzehnte gezeigt, daß ein einfacher Erlass eines gegen FGM gerichteten Gesetzes in fast allen Ländern nicht das Papier wert ist, auf dem es gedruckt wurde. Daher ist der rein juristische Ansatz nur sehr bedingt erfolgsorientiert. Eine Menschenrechtsverletzung klar als solche zu ächten, ist selbstverständlich unverzichtbar. Aber ein zielorientiertes Vorgehen setzt vor allem bei einer multimodalen Aufklärung auf möglichst vielen Ebenen des öffentlichen Lebens an, sowohl für die


nicht betroffene Bevölkerung und die verschiedenen beruflichen Sektoren als auch bei den Communities aus den Prävalenzländern, die teilweise gemäß dem Diaspora-Effekt noch an den ihnen vertrauten Traditionen und Vorstellungen festhalten. Der Terminus „Parallelgesellschaften“ suggeriert, es handele sich hier um eine relevant große Bevölkerungsgruppe, was aber nicht zutrifft und daher nicht sehr passend ist. Dennoch sollte auf die Gefahren, die durch diesen Begriff zum Ausdruck kommen sollen, seitens der gesamten Gesellschaft durchaus ein wachsames Auge geworfen werden. Allerdings werden zwei Nachbarn, die in wortloser Distanz voneinander leben, durch weitere Eskalation von Drohgebärden niemals besser miteinander auskommen, sondern da würde nur ein unbefangener Dialog auf Augenhöhe weiterhelfen, wie ihn die ersten Artikel unseres Grundgesetzes vorbildlich nahelegen. Schon vor Jahrzehnten hat sich in der Weltpolitik insbesondere durch das Prinzip „Wandel durch Annäherung“ Wesentliches entkrampfen und verbessern lassen.

Aus den Erfahrungen in meiner in enger Zusammenarbeit mit dem Düsseldorfer Verein Stop Mutilation e.V. (und von diesem Verein für den Standort Düsseldorf koordinierten,) seit 2005 angebotenen „Sondersprechstunde für geflüchtete Frauen im Zusammenhang mit FGM und weiteren Menschenrechtsverletzungen“ mit derzeit rund 450 Gutachten seither kann ich berichten, daß in der in Frage kommenden Altersgruppe zwischen ca. 16 und 35 Jahren in meinem Klientel so gut wie keine Frau vorkommt, die auch nur im Traum daran denken würde, ihre Tochter beschneiden zu lassen, ganz im Gegenteil, einige sind begierig, sich am Kampf gegen FGM von hier aus zu beteiligen. Denn sie sind ja geflohen, um nicht selber beschnitten zu werden, nicht selten zum zweiten Mal, und/oder ihre Töchter vor demjenigen Schicksal zu bewahren, das sie oft selber erleiden mußten. Mit diesen Frauen wird diese schädliche Tradition mit Sicherheit nicht nach Deutschland importiert werden. Treibende Kräfte sind insbesondere über Telefon oder andere Kommunikationskanäle die im Herkunftsland verbliebenen, machtausübenden Frauen oder ältere Frauen in Deutschland, die hier meist schon lange leben und in Abgeschiedenheit von der Aufnahme-Gesellschaft starr an ihren Traditionen und Vorstellungen festhalten.

Auch die Ungewißheit über eine eventuelle Abschiebung kann ein wichtiger Faktor zur Vornahme von FGM sein, denn zurückgekehrt in die Ursprungsgesellschaft ist das kleine Mädchen erneut vollständig den dort weiter herrschenden Codizes unterworfen und hätte keine Chance, verheiratet zu werden, was in der Perspektive eine gesellschaftliche Ausgrenzung bedeutet. Dieser wichtige Aspekt ist in der öffentlichen Diskussion bisher so gut wie nicht berücksichtigt worden.

Konkret sollten selbstverständlich allen in Deutschland ankommenden Asylsuchenden so rasch und niederschwellig wie möglich die Informationen über die Grundrechte in unserer Gesellschaft und die Strafbarkeit von FGM im Besonderen vermittelt werden. Darüber hinaus ist es aber von großer Wichtigkeit, mit den Communities in ein interkulturelles Miteinander einzutreten, bei dem nach Aufbau eines nötigen Vertrauens auch über so sensible Themen wie u.a. FGM diskutiert und Aufklärung betrieben werden kann. Erst eine solche Atmosphäre des Vertrauens in die aufnehmende Gesellschaft wird es möglich machen, daß sich Menschen bereitfinden, die große psychologische Hürde zu übersteigen und ggfs. gegen die eigenen Familienangehörigen gerichtsfest auszusagen. Denn an Letzterem fehlt es bis heute, daher hat auch noch kein Prozeß stattgefunden.

Zusammenfassend sehe ich in den Anträgen der beiden Drucksachen wichtige Elemente für ein sinnvolles Vorgehen zum Umgang mit von FGM Betroffenen und zur Prävention von weiterer FGM in den verschiedenen Sektoren unseres öffentlichen Lebens. Zu der m.E. allzu einseitigen Betonung der rein juristischen Aspekte im Antrag der AfD habe ich bereits Stellung genommen. Im Übrigen unterstütze ich die Ausführungen meiner ebenfalls geladenen KollegInnen aus dem Kreis des Runden Tisches NRW.



Dr. med. Chr. Zerm
FGM-Beauftragter im
Vorstand der AG FIDE e.V.